



Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden Uwe Klein in der SVV am 07.02.2024

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste!

Vor einem Jahr konnte ich lobend hervorheben, dass der Haushalt für das Jahr 2023 etliche Wochen früher als der für das Vorjahr vorgelegt worden ist. Zu einem weiteren Aufholen ist es leider nicht gekommen.

Auf Kritik der FDP stößt in diesem Jahr aber insbesondere, dass die SVV über eine Erhöhung der Grundsteuer B entscheiden sollte, und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von CDU und Grünen die Erhöhung auch beschlossen hat, bevor alle Fraktionen den Haushaltsplan überhaupt zur Kenntnis nehmen und prüfen konnten.

Dass Vorgaben des Landes für die Aufstellung des Haushaltsplans oder Förderbescheide erst spät im Jahr kämen, überzeugt uns wenig. Das Problem haben andere Städte im Kreis auch und schaffen es trotzdem.

Was aber viel schwerer wiegt ist, dass wir inhaltlich, also bei den Zahlen, nicht nur keine weiteren Fortschritte erreicht haben, sondern kräftig zurückfallen.

Das beginnt damit, dass wir statt dem geplanten ordentlichen Ergebnis von plus 1,5 Mio. € wohl nur 0,5 Mio. € im Jahr 2023 erreichen werden.

Aber, und jetzt kommt es: In der Planung für das vergangene Jahr 2023 und die drei Folgejahren bis 2026 einschließlich wurden positive Ergebnisse von zusammen 7,8 Mio.€ ausgewiesen. Davon 5,5 Mio.€ aus Einnahmen durch die ab 2024 eingeplante höhere Grundsteuer B., mit dem Hebesatz von 950 Punkten, der im Dezember bereits vorab mehrheitlich beschlossen worden ist.

Und wie sieht jetzt die Planung für die Jahre 2024 bis 2027 aus. Trotz der Erhöhung des Hebesatzes um 25% werden aus positiven Ergebnissen von 7,8 Mio.€ negative von zusammen 8,7 Mio.€. Zwischen 7,8 Mio. geplanten Rücklagen und 8,7 Mio. aufgehäuften Verlusten liegen 16,5 Mio. €, das nennen wir desaströs.

Ich hatte im vergangenen Jahr darauf hingewiesen, dass Heusenstamm nach dem Kommunalen Auswertungssystem Hessen (oder auch Cash-Indikator) des Kreises in den Jahren 20, 21 und 22 das Schlusslicht hinsichtlich der finanziellen Leistungsfähigkeit unter den 13 Kreiskommunen war.

Vor diesem Hintergrund hatte die FDP darauf gedrängt, dass wir uns grundlegende Gedanken über unsere Haushaltsstruktur machen, Einnahmen - und Ausgabenseite durchleuchten, ein Benchmarking mit anderen Kommunen im Kreis oder darüber hinaus durchführen; überlegen, ob wir wachsen müssen, wo Wachstum möglich ist, welche Bedeutung die Förderung der Wirtschaft für unsere Stadt hat oder welche anderen Ansatzpunkte es zur Stärkung der finanziellen Leistungsfähigkeit gibt.

Uns wurde entgegengehalten, dass den miserablen Cash-Werten ja die Zahlen der Jahre 2020-2022 zugrunde liegen und diese seien ja überholt. Ja, tatsächlich steigt Heusenstamm bei dem Kash-Wert in diesem Jahr im Ranking auf, insbesondere mit der Planung für das Jahr 2023. Dass sich diese gerade in Luft aufgelöst hat, habe ich dargestellt.

Die Auswirkungen auf unser Ranking im Kommunalen Auswertungssystem Hessen werden wir dann im kommenden Jahr erleben.

Wir hätten längst den von uns aufgezeigten Weg gehen müssen. Warum wurde im vergangenen Jahr nicht gegengesteuert?

Ja, die Schlüsselzuweisungen des Landes haben sich um 2,5 Mio. verringert. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass sich die Dividende, die die Stadt als Gesellschafter Maingau Energie um 2,1 Mio. auf annähernd 4,3 Mio. € erhöht hat. Erstmals muss die Stadt Steuern von 700 T€ darauf entrichten. Die Anrechnung auf die Verluste beim Sport und Kulturzentrum Martinsee von rd. 2 Mio. € verhindert in diesem Jahr das Entstehen einer Steuerschuld nicht mehr.

Ich möchte auf drei großen Ausgabenblöcke eingehen, die auch der Kämmerer in seiner Einbringungsrede herausgestellt hat. Personalaufwendungen, die Schul- und Kreisumlage sowie die Aufwendungen für die Kindertageseinrichtungen.

Personal

Die Personalaufwendungen steigen um rd. 2,4 Mio. €. Die Stellenzahl soll um 13 erhöht werden, davon 3 um Erziehungsbereich.

Wir hatten gefragt, warum diese Ausweitung erforderlich ist. 65 Stellen und damit jede 5. Stelle sind nicht besetzt. Bis auf 15 Stellen sind aber alle budgetiert. Glaubt man wirklich, 50 Stellen im laufenden Jahr besetzen zu können. Oder wird hier ein Puffer gebildet.

Auch in der Vergangenheit konnten aus geplanten aber nicht angefallenen Personalkosten Ergebnisverbesserungen erzielt werden oder Kostenüberschreitungen abgedeckt werden.

Die von der FDP geforderte Begründung wurde nachgereicht. Sie überzeugt mal mehr, mal weniger. Wichtig ist aber eines. Wir müssen kritisch alle Bereiche der Verwaltung danach hinterfragen, welche Aufgaben mit dem bisherigen Aufwand wirklich weiter wahrgenommen werden müssen, mit der Betonung auf "müssen". Gerade bei den ständig steigenden Kosten auch aufgrund von Tarifabschlüssen brauchen wir eine Aufgabenkritik und müssen Prioritäten setzen. Wir müssen fragen, ob und wo Redundanzen mit der Verwaltung im Kreis bestehen. Für mich als Mitglied des Kreistages ergeben sich da Ansatzpunkte.

In der letztjährigen Haushaltsrede des Kämmerers hieß es, wir wollen das Jahr nutzen, um die Verwaltung neu aufzustellen und zu strukturieren. Der Bürgermeister hatte dies im Jahr zuvor ebenfalls angekündigt. Wir hatten deutlich gemacht, uns davon zu versprechen, dass in allen Bereichen kritisch überprüft wird, ob unsere begrenzten finanziellen Ressourcen effizient und zum größtmöglichen Nutzen der Bürger eingesetzt werden. Wir würden gern mehr Konkretes über Ergebnisse hören.

Umlagen an den Kreis

Kreis- und Schulumlage steigen um zusammen 2,4 Mio. €. Heusenstamm kann sich freuen, eine neue Grundschule zu bekommen. Die steigende Kreisumlage beruht zum Teil auf Kosten, die auch der Kreis selbst nicht bestimmen kann. Zum Teil sind sie aber auch hausgemacht und Heusenstamm macht mit.

Ich spreche von den steigenden Zuschüssen des Kreises an die Kreisverkehrsgesellschaft kvgOF. Diese müssen wir als Mitgliedsgemeinde durch die Kreisumlage mitfinanzieren. Von 10,5 Mio. in 2022 über rd. 20 Mio. in 2024 auf geplante rd. 26 Mio. in 2027.

In 2024 erhöht sich die Zuwendung an die kvg um 2,4 Mio.€. Mit ein Grund ist der vielgepriesene Hopper. Er sei ein Erfolgsmodell, wird uns gesagt. Jede Fahrt kostet den Steuerzahler bis zu 23 €. Befördert werden in den Großraumtaxi im Schnitt 1,3 Personen. Das ist kein öffentlicher Personennahverkehr. Das ist öffentlich geförderter Individualverkehr. Die Werbung bestätigt dies: „So individuell wie Du!“ Aber viel zu teuer, viel zu ineffektiv. Von seinem ursprünglichen geplanten Auftrag der Feinerschließung und der Fahrt zur letzten Meile des ÖPNV-Wegs hat er sich weit entfernt.

Bislang bestellt und beauftragt die kvg kreisweit ÖPNV-Dienstleistungen (Buslinien) bei privatwirtschaftlichen Busbetreibern. Im vergangenen Oktober sollten der Kreis und die Kreiskommunen als die Gesellschafter beschließen, einer Änderung des Gesellschaftsvertrages zuzustimmen, nach der die kvg zukünftig einen eigenen Bus-Fuhrpark mitsamt der zugehörigen Infrastruktur betreiben kann. Begründet wurde dies mit den europarechtlichen Vorgaben zur Umstellung auf alternative Antriebsarten.

Ohne ein Konzept und ohne eine Kostenaufstellung zu kennen, stimmte die SVV in Heusenstamm mehrheitlich zu. Und dies auch ohne zeitlichen Druck, so zu verfahren. Erst hieß es, die favorisierte Lösung, auf Elektrobusse zu setzen, könne anders nicht umgesetzt werden. Dass der Aufsichtsrat diese Lösung erstmal kassiert hat, kam nur durch hartnäckiges Nachfragen der FDP heraus. Erreichen konnten wir, dass der Geschäftsführer der kvgOF im März nun noch nachträglich zu den Plänen befragt werden soll.

Im Kreistag beantragt die FDP, der kvg einen Rahmen vorzugeben, um die steigenden Verluste zu begrenzen, nämlich max. 110% des Vorjahresansatzes. Alles andere kommt der Erteilung eines Blankoschecks gleich.

Kinderbetreuung

Der letzte Bereich, auf den ich eingehen will, ist die Kinderbetreuung. Die Aufwendungen steigen und steigen. Der Kämmerer gibt den Zuschussbedarf aktuell mit 15,2 Mio. € an, vor 20 Jahren habe er bei 1,7 Mio. € gelegen.

Die Kita auf dem Campus können wir uns eigentlich gar nicht leisten. Die dem Träger für diese neue Kita jährlich zu erstattenden Aufwendungen liegen betragsmäßig dicht bei den Mehreinnahmen aus dem erhöhten Hebesatz bei der Grundsteuer.

Auch die FDP würde die Kinderbetreuung gern gebührenfrei stellen. Die Stadt muss sich dies aber erlauben können. Und dies sehen wir nicht. Deshalb haben wir dafür gestimmt, nur solche Betreuungsstunden von Gebühren gänzlich freizustellen, für die das Land Kosten übernimmt. Die CDU wollte der damaligen Kooperation aus SPD, Grünen und FWH nicht nachstehen und stimmte mit diesen Fraktionen für eine weitergehende Freistellung, also bei über Dreijährigen auch über die sechste Stunde hinaus.

In Anbetracht der finanziellen Situation der Stadt hat die SVV am 15.02.23 auf Antrag der FDP mit den Stimmen der Koalition von CDU und Grünen mehrheitlich beschlossen, der Magistrat solle einen Vorschlag für die Änderung der Gebührensatzung für die Benutzung der Tageseinrichtungen für Kinder unterbreiten. Der Anteil der Eltern an den Kosten der Kinderbetreuung solle in angemessener Weise erhöht bzw. im Ü3-Bereich ein solcher Anteil eingeführt werden.

Dabei solle geprüft werden, eine Staffelung dieser Gebühren in Abhängigkeit von den Einkommen einzuführen. Die neue Gebührensatzung sollte in der zweiten Jahreshälfte spätestens mit dem Ende der Sommerferien 2023 in Kraft treten können.

Im vergangenen Dezember, also 10 Monate nach dem Beschluss, wurde uns eine Kalkulation kostendeckender Benutzungsgebühren für die kommunalen Kindereinrichtungen präsentiert. Es wird eine neue Gebührenordnung angekündigt, die nach der Sommerpause am 01.09.2024 in Kraft treten soll. Ein Jahr später, als mit dem Beschluss vom 15.02. 2023 beauftragt. Man hat offenbar Zeit. Dies führt aber dazu, dass im Haushaltsplan für 2024 keine erhöhten Beiträge eingestellt werden konnten.

Lediglich im Haushaltssicherungskonzept können wir lesen, dass ab 2025 rd. 1.9 Mio. € höhere Kitagebühren eingenommen werden sollen. In 2024 ein Drittel davon, nämlich für die Zeit ab dem 01.09. Bei Einführung ab dem 01.01.2024 wären Mehreinnahmen in der Größenordnung entstanden, die jetzt durch die Anhebung des Hebesatzes bei der Grundsteuer erzielt werden.

Vielleicht mag man ja den Hebesatz lieber in einem größeren zeitlichen Abstand zur Kommunalwahl erhöhen, die in bald zwei Jahren ansteht. Die Erhöhung hat auch den Effekt, dass man bei der vielgepriesenen Aufkommensneutralität im Zusammenhang mit der Neuregelung der Grundsteuer von einem höheren Niveau ausgehen kann.

Den Kuchen größer machen

Wie machen wir den Kuchen größer, um unseren finanziellen Spielraum - ohne ständig steigende Belastungen für die Bürger - wieder zu erhöhen?

Eine gute Wirtschaftsförderung und Nutzung unserer Potentialflächen können dabei einen wichtigen Beitrag liefern. Beim ehemaligen Brückenbauhof und Postmeldezeugamt sehen wir keinen wirklichen Fortschritt.

Die Neuaufteilung des Straßenraumes und den Wegfall zahlreicher Parkplätze ausgerechnet in der Industriestraße halten wir für einen wenig überzeugenden Ansatz. Wir sehen gerade im Bereich des Verkehrsversuches auch keinen Anlass, Radfahrer zu Benutzung der Fahrbahn zu zwingen, um den Fußgängerverkehr sicherer zu machen. An anderen Stellen in der Stadt sieht man offenbar kein Problem, an einem gemeinsamen Fuß-/Radweg oder einem Fußweg mit der Freigabe für Radfahrer festzuhalten, obwohl diese dort sehr viel schmaler sind und nicht annähernd solche Ausweichmöglichkeiten wie im Bereich des Verkehrsversuches bestehen.

Eigentlich will man ja auch den Autoverkehr zurückdrängen. Um das Radfahren sicherer zu machen, wünschen wir uns andere Maßnahmen.

In ihr Wahlprogramm hat die CDU 2021 geschrieben, die Stadtentwicklung müsse wieder aus einem Guss sein, sie muss einem Plan, einem übergeordneten Konzept folgen und nicht nur Stückwerk sein.

Unser Ansinnen, ein flächenübergreifendes Nutzungskonzept für die genannten Potentialflächen und die noch zu bebauenden Flächen auf dem Campus zu erstellen, wurde dennoch zurückgewiesen.

Beim Campus sollen zwei Rechenzentren entstehen. Bei der Verfolgung des Projekts wurde das Parlament bislang nicht beteiligt. Die Frage des „Ob“ scheint dennoch bereits entschieden. Diesen Eindruck gewinnt man auch angesichts des vorgelegten Berichts zur Vorplanung. Eine Präjudizierung des Parlaments wäre bei einer so wichtigen Entscheidung mit der Kompetenzzuweisung des Magistrats nach der HGO nicht zu vereinbaren.

Die Hoffnung auf mehr Gewerbesteuer mag ein wesentlicher Treiber sein. Eine schlechte Haushaltslage darf uns aber nicht zu Kompromissen verleiten, die wir später bereuen.

Wir nehmen für uns in Anspruch, frühzeitig Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der Finanzlage unserer Stadt eingefordert zu haben. Schwarz/Grün sind der FDP nicht gefolgt. Wir sehen kein Kostenbewusstsein im erforderlichen Maße. Es werden andere Prioritäten gesetzt. Die vorgelegte Planung für einen Minikreisel am Wiesenbornweg für 300 T€ ist ein aktuelles Beispiel. Wir sehen es als positives Zeichen, dass der Magistrat seine Vorlage überdenken will. Wir haben ja einen Änderungsantrag eingebracht, einen Fußgängerüberweg zu schaffen.

Im vorgelegten Haushalt spiegelt sich die hier kritisierte Politik. Die FDP trägt ihn aus diesem Grund nicht mit. Wir werden uns unabhängig davon weiter konstruktiv für unsere Stadt einsetzen.

Den Mitarbeitern in der Verwaltung danken wir für ihre Arbeit. Den Bürgermeister an der Verwaltungsspitze schließen wir – ungeachtet bestehender Differenzen zu Sachfragen - für seinen persönlichen Einsatz ausdrücklich in unseren Dank ein.